

# Pressekonferenz: Warum die Energiestrategie der Schweiz ökonomisch schaden wird

Bern, 19. Dezember 2016

**Ruinöses  
Energiegesetz  
NEIN**

**+3'200 Fr.**  
Mehrkosten/Jahr  
pro Familie

## Energiestrategie 2050: Für Freisinnige nicht annehmbar

Referat von Nationalrat Bruno Pezzatti, FDP (ZG)

**Das 1. Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050, über welches die Stimmberechtigten bei Zustandekommen des Referendums abstimmen können, geht weit über die Frage der Stromversorgung hinaus. Sie betrifft die gesamte Energieversorgung. Diese soll gemäss Bundesrat und Parlamentsmehrheit weitgehend verstaatlicht und gelenkt werden.**

Das so angepasste Energiegesetz (EnG) legt in Art. 3 fest, dass der Energieverbrauch bis ins Jahr 2035 um 43% gesenkt werden soll. Dies will man durch massive Verteuerung von Heizöl, Benzin, Diesel und Gas erreichen. Der Rückgang des Stromverbrauchs soll bis 2035 13 % betragen. Für mich und wahrscheinlich für viele kritische Stimmberechtigte ist es offensichtlich, dass diese unrealistischen Zielsetzungen nicht ohne gravierende Störungen der wirtschaftlichen Abläufe und Versorgungssicherheit erreicht werden können.

### **Konsequenzen in noch nie da gewesener Dimension – enorme Mehrkosten**

Die Konsequenzen der Vorlage werden für private Haushalte und für die Wirtschaft weit grösser sein als alles in der Energie- und Umweltpolitik bisher Dagewesene: Nach dem 1. Massnahmenpaket, welches in der aktuellen Vorlage verpackt ist, folgt in wenigen Jahren das 2. Massnahmenpaket, wo weiter an der Kosten- und Regulierungsschraube gedreht wird. Die Kosten dürften bis 2050 nach zuverlässigen Schätzungen auf rund 200 Mia. Franken ansteigen.

Diese enormen Mehrkosten werden die meisten Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes direkt – vor allem aber indirekt - treffen, auch jene, die sich energiebewusst verhalten. Ich denke z.B. an direkte Kosten wie die Heizkosten, die Fahrkosten zur Arbeit sowie die KEV-Abgabe und die CO<sub>2</sub>-Abgabe. Stärker zu Buche schlagen jedoch die Investitionskosten in eine neue, aber wenig sinnvolle Strom-Infrastruktur, die selbstverständlich auf die Konsumenten und Steuerzahler überwälzt werden. Die Kostenspirale trifft am Ende jeden Einzelnen, die unteren Einkommensklassen verhältnismässig wahrscheinlich am stärksten!

Die Haus- und Wohnungseigentümer und die Mieterinnen und Mieter werden zudem mit neuen Vorschriften, Geboten und Verboten eingedeckt. Es wird Erlasse geben mit Vorschriften, ab wann Elektrospeicherheizungen, Öl- und Gasheizungen für Neubauten verboten sind. Bereits bestehende Anlagen müssen in den nächsten 10 bis 15 Jahren ersetzt werden, was sehr teuer wird – und obwohl Ersatztechnologien nur beschränkt vorhanden sind. Die hochgelobten elektrischen Wärmepumpen sind in der Regel zwar sinnvoll, führen aber in den kritischen Wintermonaten zu höherem Stromverbrauch und höheren Stromimporten. Die Kosten für alle diese Umstellungen werden neben den Hauseigentümern vor allem die Mieterinnen und Mieter treffen.

# Pressekonferenz: Warum die Energiestrategie der Schweiz ökonomisch schaden wird

Bern, 19. Dezember 2016

**Ruinöses  
Energiegesetz  
NEIN**

**+3'200 Fr.**  
Mehrkosten/Jahr  
pro Familie

## **Technologieverbote - unnötige Regulierungen – überbordende Subventionen**

Aber auch die Wirtschaftswelt, besonders die energie- und güterproduzierende Industrie sowie die KMU, werden von den geplanten Technologieverböten, vielen anderen unnötigen Regulierungen und Auflagen stark betroffen sein. Um politische Widerstände dagegen zu reduzieren sind in der Vergangenheit und für die nahe Zukunft flächendeckende Subventionen wie die KEV für Photovoltaikanlagen und andere erneuerbare Energien eingerichtet worden. Das kostet Milliarden - Versorgungssicherheit bringt es aber nicht. Im Gegenteil, denn Photovoltaik ist davon abhängig, ob die Sonne scheint und ob Schnee auf den Dächern liegt. Das lässt sich politisch nicht beeinflussen. Für viele KMU wird die Rechnung nicht aufgehen: Neben dem harten Schweizerfranken und den hohen Lohnkosten müssen sie sich in Zukunft mit höheren Energiekosten und zusätzlichen bürokratischen Hürden bei der Energiebeschaffung auseinandersetzen. So kumulieren sich für sie die Nachteile gegenüber der ausländischen Konkurrenz ins Unerträgliche.

## **Ein Schritt in Richtung staatlich gelenkter Planwirtschaft**

Es ist offensichtlich: Das vorliegende 1. Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 ist eine grundsätzliche Weichenstellung für unser Land: Bleiben wir auf dem Pfad einer grundsätzlich freiheitlich konzipierten Marktwirtschaft oder gehen wir in Richtung einer zunehmend staatlich gelenkten Planwirtschaft? Während bei der Landwirtschaft in den letzten Jahren die verpönten Preis- und Übernahmegarantien sowie kontraproduktive Überschussverwertungs-Subventionen abgeschafft worden sind, werden heute im Energiesektor solche unsinnige, planwirtschaftliche Regulierungs- und Subventionssysteme neu und in noch grösseren Dimensionen aufgebaut!

Obwohl der ursprünglichen Vorlage des Bundesrates einige Zähne gezogen worden sind, wie die unbefristete Weiterführung der KEV, sollten Politiker ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern gegenüber nun klar machen, dass die zur Entscheidung stehende Energiestrategie 2050 zu massiv höheren Kosten, Steuern und Abgaben führt. Dies ist für mich der Grund, dass ich mich dem Nein-Komitee angeschlossen habe. Ich finde die neuen Belastungen für einen Grossteil unserer Bevölkerung unzumutbar – umso mehr als sie aus nationaler und globaler Sicht, aber auch umwelt- und klimapolitisch teilweise kontraproduktiv sind und keine oder nur eine sehr geringe Wirkung erzielen.

## **Die Schweiz verdient eine bessere Energiestrategie**

Ich schliesse meine Ausführungen mit einem Zitat aus einem Exposé von Eduard Kiener, dem früheren Direktor des Bundesamtes für Energie, datiert vom 30. November 2016: «Die aktuelle Vorlage ist keine ausreichende Basis für eine dauerhafte Energiepolitik mit stabilen Rahmenbedingungen. Leider dominieren die Mängel. Die Schweiz verdient eine bessere Energiestrategie». Mein Fazit: Eine liberale Energiepolitik, die langfristig und marktbezogen wirkt, sieht anders aus. Für Freisinnige ist die Energiestrategie 2050 nicht annehmbar!